

Wahlprüfsteine 2013

Aktuelle Themen, die bewegen – leicht lesbar!

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung bringt sich auch im Wahljahr 2013 ein und fragte bei den Parteien ihre politische Positionen ab. Die Mitarbeiter des [RAUS-Projektes](#) haben den Bundestags-Parteien Fragen zur Bundestagswahl übermittelt und gebeten, ihre Positionen und Konzepte einzubringen.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien auf die Prüfsteine geantwortet. Weiterhin veröffentlichen wir auf Wunsch der Piratenpartei auch ihre Positionen.

Die Parteien äußerten sich zu wahlentscheidenden Themen - in kurzen, einfachen und leicht verständlichen Sätzen.



Hier die Antworten von
DIE LINKE

1.) Wie steht Ihre Partei dazu, dass Deutschland andere EU-Staaten finanziell unterstützt?

Mit dem Geld der Steuerzahler werden nicht andere EU-Staaten unterstützt, sondern Banken. Viele Banken haben sich verspekuliert und sind pleite. Die Krisenstaaten versuchen, diese Banken zu retten. Sie haben dafür aber selbst nicht genug Geld und müssen neue Schulden machen. Das ist sehr teuer, da Banken und Reiche hohe Zinsen verlangen. Deutschland gibt den betroffenen EU-Staaten Kredite, damit diese ihre Schulden an Banken und reiche Anleger zurückzahlen können. Die „Euro-Rettung“ ist also in Wirklichkeit eine Bankenrettung. Für die Schulden haften jetzt die europäischen Steuerzahler. Den Menschen in den Krisenländern wird dadurch nicht geholfen. Im Gegenteil. Die Krisenländer bekommen nur Kredite, wenn sie Sozialleistungen kürzen und Personal entlassen. Dadurch gibt es viele Arbeitslose und den Menschen geht es

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. Berliner Platz 8-10 48143 Münster
Andreas Brinkmann Tim Tjettmers
0251-49099641 0251-49099642
a.brinkmann@alphabetisierung.de t.tjettmers@alphabetisierung.de

schlecht. DIE LINKE will das nicht. Wir wollen kaputte Banken in die Pleite schicken statt sie mit Steuergeldern zu retten. Dabei sollen die kleinen Sparer geschützt werden.

2.) Was tut Ihre Partei dafür, dass es mir in Zukunft trotz Finanzkrise nicht schlechter geht?

DIE LINKE kämpft für höhere Löhne und gegen Armut. Wir wollen, dass der Reichtum gerecht verteilt wird. Deshalb sollen Millionäre höhere Steuern zahlen – hier und überall in Europa. Die Banken und Superreichen sollen für die Krise zahlen, nicht die Mehrheit der Bevölkerung.

3.) Wie will Ihre Partei sichern, dass ich sozial abgesichert bleibe?

DIE LINKE will, dass die sozialen Sicherungssysteme umfassenden Schutz bieten können. Dazu müssen die Sozialversicherungssysteme wieder gestärkt und armutsfeste, sanktionsfreie Mindestsicherungssysteme eingeführt werden. Die Renten- und die Arbeitslosenversicherung sollen so ausgestaltet sein, dass man seinen Lebensstandard halbwegs halten kann. Damit dies gelingt, muss das Rentenniveau wieder angehoben werden. Auch andere Kürzungen wie die Rente erst ab 67 müssen zurück genommen werden. Das Arbeitslosengeld muss wieder länger gezahlt und der Anspruch schneller erworben werden können. Die Kranken- und Pflegeversicherung müssen allen Menschen unabhängig vom eigenen Geldbeutel eine hochwertige Gesundheitsversorgung ermöglichen. Alle erforderlichen Leistungen müssen zur Verfügung stehen, Zuzahlungen und Zusatzbeiträge gehören abgeschafft. Damit dies finanziert werden kann, sollen alle Bürgerinnen und Bürger mit allen ihren Einkommen einbezogen werden. Jeder Mensch zahlt nach seinen finanziellen Möglichkeiten ein. Die Arbeitgeber beteiligen sich zur Hälfte an den Beiträgen.

Wer keine ausreichenden Ansprüche auf Sozialversicherungsleistungen hat, soll durch Mindestsicherungen aufgefangen werden, die zuverlässig vor Armut schützen. Die Mindestsicherung darf nicht durch Sanktionen gekürzt werden. Der Hartz-IV-Regelsatz muss sofort auf 500 Euro angehoben werden. Die Mindestrente muss 1.050 Euro netto betragen. So ist jede und jeder in allen Lebenslagen ausreichend abgesichert.

4.) Was bedeutet für Ihre Partei „gerechter Lohn“?

Alle Menschen müssen von ihrer Erwerbsarbeit leben können, Zeit und Ruhe haben, sich zu erholen, das Leben mit der Familie zu pflegen, Hobbys und Interessen nachzugehen und politisch aktiv zu sein. Die Reallöhne sind in den vergangenen zehn Jahren um fünf Prozent gesunken. Viele spüren das in ihrem Alltag: Das Geld reicht hinten und vorne nicht. DIE LINKE will den Niedriglohnbereich zurückdrängen und schlechte Arbeitsverhältnisse in gute umwandeln. Lohndumping muss verhindert werden: mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro. Die Einkommen von fast acht Millionen Beschäftigten würden direkt und spürbar steigen. Die Entlohnung darf einen Stundenlohn von zehn Euro und monatlich einen Bruttolohn von monatlich mindestens 1.500 Euro nicht unterschreiten. Der Mindestlohn sollte bis zum Ende der Wahlperiode 2017 auf mindestens 12 Euro steigen.

5.) Was unternimmt Ihre Partei, damit Familie und Beruf für mich vereinbar sind?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beginnt am Arbeitsplatz. Vor allem die jungen Frauen haben nach der Elternzeit Probleme wieder eine Arbeit zu finden. Politik und Unternehmen müssen gemeinsam für eine familienfreundliche Arbeitswelt sorgen. DIE LINKE fordert einen besonderen Kündigungsschutz für Mütter und Väter. Das Rückkehrrecht nach der Elternzeit auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz soll gestärkt werden. Eltern mit Kindern im Alter von unter 12 Jahren sollen den Beginn und das Ende ihrer regulären Arbeitszeit in Absprache mit der Geschäftsführung freier gestalten können. DIE LINKE fordert für Eltern einen Rechtsanspruch auf Rückkehr auf eine Vollzeitstelle oder auf eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit.

6.) Was tut Ihre Partei dafür, dass Wohnen bezahlbar bleibt?

Für DIE LINKE ist Wohnen ein Teil der Daseinsvorsorge. Das Recht auf Wohnen ist im Grundgesetz zu verankern. Es gehört zu den Grundrechten aller Menschen. Wir fordern, dass mindestens 150 000 Sozialwohnungen jährlich neu entstehen die für alle bezahlbar, energiesparend und altersgerecht sind. Niemand darf in Folge eines Eigentümerwechsels oder aufgrund von Umbaumaßnahmen aus seiner

Wohnung vertrieben werden. Es darf keine Zwangsräumungen geben. Das Recht auf Eigenbedarfskündigungen muss eingeschränkt, der Kündigungsschutz für betroffene Mieterinnen und Mieter ausgebaut werden. DIE LINKE will die Mieten nach oben begrenzen. Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung sind unzulässig. Wir wollen, dass die Mieten nur dann steigen dürfen, wenn die Wohnung zuvor verbessert worden ist und die Mieter mit der Verbesserung einverstanden sind. Mietsteigerungen, nur um größeren Gewinn für die Vermieter zu erzielen, sollen unzulässig sein. Menschen, die steigende Mieten nicht selbst bezahlen können, sollen durch Zuschüsse besser unterstützt werden. Wir wollen erreichen, dass Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für angemessenen Wohnraum - also Miete, Betriebskosten, Wasser, Heizung und Strom - ausgeben müssen.

7.) Was leisten Sie im Bereich Datenschutz im Internet sowie für die Freiheit im Netz?

Wir setzen uns dafür ein, dass jeder einen Zugang zum Internet bekommt, wenn er dies will. Wir wollen, dass die Anbieter von Internetanschlüssen alle Daten gleich behandeln. Wir lehnen es ab, dass Dienste Geld zahlen, damit ihre Daten besser behandelt werden. Wir fordern, dass jeder entscheiden kann, was mit seinem Daten im Internet passiert. Eine Überwachung der Internetnutzer, zum Beispiel durch Geheimdienste, lehnen wir strikt ab. Wir glauben nicht, dass mehr Überwachung zu mehr Sicherheit führt.

8.) Wo will Ihre Partei im Bereich Bildung Schwerpunkte setzen?

Für DIE LINKE ist Bildung ein Menschenrecht. Bildung trägt dazu bei, dass Menschen ihr Leben selbstbewusst, selbstbestimmt und selbständig gestalten können. Deshalb muss jedem Menschen der Zugang zu Bildung ermöglicht werden - ein Leben lang. Niemand darf ausgegrenzt werden. Um Bildungschancen für alle zu schaffen, wollen wir das gegliederte Schulsystem überwinden. Die Gemeinschaftsschule wird zur Regelschule, in der alle Kinder und Jugendlichen länger gemeinsam lernen. Dabei wird niemand ausgegrenzt, Verschiedenheit ist normal. Behinderung wird nicht als »Defizit« angesehen, sondern gehört zur menschlichen Vielfalt. Gute Bildung für alle zu sichern ist eine

gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Nur wenn sie an einem Strang ziehen, können notwendige Reformen angegangen und die nötigen Finanzmittel aufgebracht werden. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.